Zweite Auflage

Ostara,
Bücherei der Blonden

Nr. 32

Vom Steuer-eintreibenden zum Dividenden-zahlenden Staate

von J. Lanz-Liebenfels

Inhalt: Wer räumt die Staatskassen aus? Der Staat ist der Bürger wegen da und muß genau so wie ein Privatgeschäft geleitet werden, Staatsbeamtensintflut u. ewiges Schaukelspiel: Beamtengehaltregulierung, Steuererhöhung, Lebensmittelteuerung, neue Gehaltregulierung! Sparmaßnahmen: Einschränkung d. Beamtenzahl, variable Beamtengehälter je nach dem Staatseinkommen, Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und der Riesenarmeen, Entstaatlichung der mittleren und höheren Schulen, jeder Bürger muß einen manuellen Beruf lernen, Förderung d. Landwirtschaft, Drosselung d. Industrie, Aufhebung d. Aktiengesellschaften u. dadurch Verhinderung d. Entstehens v. Riesenkapitalien, Kastration u. Zwangsarbeit a. Strafmittel, Recht auf Arbeit a. Staatsgrundgesetz, Luxus- u. Weibersteuern, Monopolisierung des Bankwesens, d. Warenhäuser, Versatzämter, Versicherungsanstalten u. des Inseratenwesens durch d. staatlichen Postsparkassen, Clearing-Konto-Zwang für alle Staatsangestellten, d. reibungslose Übergang zum „Volksgeld", keine „Metalldeckung", sondern „Deckung durch geleistete Arbeit oder Warenlieferung", „Staatsbürger-Dividenden" aus den vollen Staatskassen!

Verlag der „Ostara", Mödling-Wien, 1919.
Auslieferung für den Buchhandel durch
Friedrich Schalk in Wien.

Die „Ostara" (gegründet 1905 und herausgegeben von J. Lanz-Liebenfels in Mödling-Wien) erscheint in beiläufig monatlichen Abständen. Jedes Heft enthält eine für sich abgeschlossene Abhandlung. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung oder die Leitung der „Ostara", Mödling-Wien (Österr. Postspark.-Konto Nr. 76057) entgegen.

Die „Ostara" ist die erste und einzige illustrierte arisch-aristokratische Schriftensammlung,

die in Wort und Bild den Nachweis erbringt, daß der blonde heldische Mensch der schöne, sittliche, adelige, idealistische, geniale und religiöse Mensch, der Schöpfer und Erhalter aller Wissenschaft, Kunst und Kultur und der Hauptträger der Gottheit ist. Alles Häßliche und Böse stammt von der Rassenvermischung her, der das Weib aus physiologischen Gründen mehr ergeben war und ist als der Mann. Die „Ostara" ist daher in einer Zeit, die das Weibische und Niederrassige sorgsam pflegt und die blonde heldische Menschenart rücksichtslos ausrottet, der Sammelpunkt aller vornehmen, Schönheit, Wahrheit, Lebenszweck und Gott suchenden Idealisten geworden.

Bisher erschienene und noch vorrätige Hefte:

10. Anthropogonika I, Urmensch u. Rasse im Schrifttume d. alten Germanen, Römer, Griechen, Ägypter und Babylonier.
13. Anthropogonika II, Urmensch und Rasse im indischen, chinesischen, amerikanischen, biblischen und urchristlichen Schrifttum und in den modernen Märchen und Sagen.
26. Einführung i. die Rassenkunde.
32. Vom Steuer-eintreibenden zum Dividenden-zahlenden Staate.
37. Charakterbeurteilung nach der Schädelform eine gemeinverständliche Rassen-Phrenologie.
43. Einführung i. d. Sexualphysik oder die Liebe als odische Energie.
46. Moses als Darwinist.
52. Die Blonden als Schöpfer der Sprachen, ein Abriß der Ursprachenforschung (Protolinguistik).
71. Rasse und Adel.

1 Heft: 60 H. — 45 Pf. 12 Hefte im Abonnement K 6.— — Mk. 4.50 Halbabonnement auf 6 Hefte K 3.— — Mk. 2.25.

Lieferung nur gegen Voreinsendung des Betrages (auch in Briefmarken. Gratis-Probehefte werden nicht abgegeben!

Zuschriften, die beantwortet werden sollen, ist Rückporto beizulegen. Manuskripte höflichst abgelehnt! Besuche können nur nach vorheriger schriftlicher Anmeldung empfangen werden. Damenbesuche, wenn auch in Herrenbegleitung, grundsätzlich abgelehnt!

In erster Auflage im Jahre 1909 erschienen.

Die Ursachen der leeren Staatskassen und der steigenden Steuern.

Die modernen Staaten sind unerreicht in der Steuereintreibung, ohne ihren Staatsbürgern mehr als ein paar abgestandene, der verhängnisvollen französischen Revolution entlehnte Freiheitsphrasen als Gegenleistung bieten zu können. Und trotz der Steuerkünste überall leere Kassen! Demgegenüber ist die berechtigte Forderung aufzustellen, daß jeder Staat so wie ein Privatgeschäft geleitet werden und für seine Staatsbürger auch einen unmittelbaren und sichtbaren Reingewinn abwerfen müsse. Es muß endgültig mit der Irrlehre, daß der Bürger des Staates wegen da sei, gebrochen werden. Vielmehr das Umgekehrte ist richtig.

Obwohl kaum ein Jahrzehnt ohne Steuererhöhung vergeht, obwohl die Volksmenge und angeblich auch der Wohlstand des Volkes zunimmt, langen die Steuereingänge immer wieder nicht aus, und müssen aus dem arbeitenden Volke neuerdings weitere Abgaben in oft gekünstelter und dabei jeder Gerechtigkeit hohnsprechender Form herausgepreßt werden. Das Bild ist in allen Kulturstaaten ein gleiches: Fast gleichzeitig mußten Frankreich, England, Deutschland und Österreich zu Steuerreformen sich bequemen.

Woher kommt nun diese merkwürdige Erscheinung? Die erste Ursache des staatsfinanziellen Elends ist das ins Ungeheure und Abenteuerliche anschwellende Staats-Beamtentum. Von den Heeresausgaben abgesehen (die nach dem großen „Weltschächten 1914—1918" hoffentlich verschwinden werden) ist der größte Posten in den Budgets aller Staaten der Posten der Personengehälter. Alles will heutzutage Staatsbeamter mit „fixer" Anstellung, mit „Pension" und „Witwenversorgung" werden. So löblich und verständlich dieser Trieb auch ist, so ist er doch und leider Gottes vom Standpunkte der Rassen- und Volkswirtschaft, ja selbst auch vom Standpunkte der Staatsbeamten sehr bedauerlich und muß und wird auch in allernächster Zeit mit den strengsten Mitteln eingedämmt werden müssen. Gehaltsaufbesserungen und Steuerreformen gehen stets Hand in Hand und bilden in dem Wirtschaftsleben der modernen Staaten einen bereits ständig gewordenen circulus vitiosus, aus dem ein Herauskommen fast unmöglich erscheint. Denn kaum sind die Beamtengehälter „reguliert", müssen die Steuern erhöht werden. Nachdem aber die Beamten keine schaffende, sondern nur eine ordnende Klasse sind, müssen die produzierenden Klassen, wie die Landwirte und Händler und Handwerker, die Preise hinaufsetzen. Zum Schlusse haben die Beamten als konsumierende Klasse wieder nichts gewonnen, denn sie müssen die Lebensmittel teurer als früher zahlen. Jedenfalls hat dieses Schaukelspiel eine Wirkung: das Geld verliert an Wert, u. zw. — das merke man wohl — besonders das Geld des kleinen Sparers, d. i. des bedürfnislosen, arbeitsamen, ehrlichen Menschen. Daß dies so ist, läßt sich

leicht erweisen. Nehmen wir an, es hätte sich ein Landwirt oder Handwerker ein Kapital von 15.000 K erspart, das ihm also jährlich 600 K Zinsen abwirft. Mit diesen 600 K konnte er vor der Steuerregulierung schlecht und recht leben. Nach der Regulierung aber wäre z. B. die Kaufkraft des Zinserträgnisses um ein Drittel, auf 400 K gesunken. Jetzt ist es ihm nicht mehr möglich, sich zu halten, und er wird aus einem Besitzer ein Proletarier. Anders der Großkapitalist. Ihn werden diese Steuerregulierungen nicht ärmer, sondern eher reicher machen. Das geht folgendermaßen zu: Nehmen wir an, der Großkapitalist hätte ein Einkommen von 30.000 K und dieses Einkommen verlöre gleichfalls ein Drittel seiner Kaufkraft, so hätte er immer noch 20.000 K Einkommen. Damit bleibt er aber noch immer ein sehr reicher Mann. Nun aber hat der Großkapitalist Gelegenheit genug, den Verlust an dem Jahreseinkommen wieder wettzumachen. Erstens bekommt er, da durch die Steuerregulierung aus kleinen Kapitalisten neue Proletarier geworden sind, billigere neue Arbeitskräfte. Zweitens wird er die Preise seiner Waren nach *oben* abrunden. Bei dem großen Umsatze, den die Geschäfte eines Großkapitalisten haben, fallen derartige Abrundungen gegen oben hin sehr ins Gewicht, während sie z. B. bei einem Kleinkapitalisten mit einem 600 K-Einkommen bedeutungslos sind. Aber abgesehen von diesen mehr oder weniger erlaubten und ehrlichen Abwehrvorkehrungen gegen die Steuererhöhung wird ein weniger gewissenhafter Großkapitalist noch reichliche Gelegenheit finden, anläßlich einer solchen „Steuerregulierung" einen „Schnitt" zu machen. Haus- und Grundbesitzer und auch Geschäftsinhaber werden in solchen Zeiten, wenn sie nicht besonders kapitalskräftig und unverschuldet sind, leicht aus ihrer Stellung gedrängt, Haus, Grund und Geschäfte werden dann billig von einem großkapitalistischen Spekulanten aufgekauft.

Wir kommen daher zu einer zweiten Fehlerquelle der Steuerpolitik, daß der Staat, wie wir dargelegt haben, besonders durch Besteuerung der *Produzenten* das Elend nicht abschafft, sondern vermehrt, ja, den ungesunden Zustand künstlich herbeiführt, daß der Millionenherde besitzloser Proletarier eine Minderzahl großkapitalistischer, nichts schaffender Volksausbeuter gegenübersteht.

Drittens: Daraus ergibt sich ferner, daß alle *Steuern auf notwendige Lebensmittel* nicht nur unsittlich und im höchsten Grade drückend und aufreizend, sondern auch völlig nutzlos sind. Denn der Staat untergräbt durch solche Steuern den Wohlstand, die Gesundheit und die Steuerkraft der produzierenden Stände und macht seine leeren Kassen durch Schulden noch leerer.

Herabsetzung der unnötigen Staatsausgaben.

Der Weg, den eine gesunde Steuerpolitik einschlagen muß, ergibt sich aus dem Vorstehenden von selbst. Der Staat muß die jetzigen Mißstände durch negative und positive Arbeit beseitigen. Die erste Arbeit, und

zwar negative Arbeit, ist die Ausrottung der volkswirtschaftlichen Schädlinge. Ich würde zu diesem Behufe folgendes vorschlagen:

1. *Minister, Botschafter, Gesandte* brauchen keine Bezüge und Pensionen, sondern nur Repräsentationsgelder, die *Abgeordneten* brauchen keine Diäten.[1] Dadurch wäre allen Geschäftspolitikern die Existenzberechtigung entzogen und der Bestechung und Korruption vorgebeugt. Ferner dürfte niemand, der vom Staate feste Gehälter bezieht, Abgeordneter oder Minister werden dürfen. Denn ein Staatsbeamter kann nicht zugleich zwei Herren, dem Volke und der Regierung, dienen, ohne einen zu verraten.[2]

2. *Möglichste Einschränkung der Staatsbeamtenzahl*,[3] jedoch anständige Bezahlung der Staatsdiener. Die höheren Beamten haben ebenso wie die niederen Beamten um 8 Uhr früh im Amte zu sein und so lange wie die niederen Beamten zu arbeiten, damit die Akten nicht so ungebührlich, wie dies der Fall ist, verschleppt werden, was dem Staate Unkosten und dem Volke Ärger und auch materiellen Schaden verursacht. Die Abrechnungen der Staaten können nie in Ordnung kommen, weil wohl die Ausgaben, aber nicht die Einnahmen fixiert sind. In jedem soliden Geschäfte werden die Ausgaben nach den Einnahmen festgestellt. Im modernen Staatshaushalte ist es umgekehrt; da heißt es, so und soviel machen die Fixa der Staatsbeamten aus, die *müssen* gezahlt werden, ist das Geld nicht da, werden entweder Staatsanleihen gemacht oder die Steuern erhöht. Ein Geschäftsmann, der so kindlich und unwirtschaftlich arbeiten würde, wäre ein Zuchthauskandidat und würde bei einem Bankerott gewiß strafgerichtlich verfolgt werden. Mein Vorschlag geht daher dahin: *Alle Staatsbeamten bekommen vom Staate ein Minimal-Fixum, dazu aber jährlich eine Gratifikation, die sich nach den Überschüssen der Staatskassen richtet.*[4] *Um die Staatsbeamten zu größerer Arbeit und größerer Freundlichkeit gegen die Parteien anzuspornen, sollte sich die Höhe der Gratifikationen nicht nach dem Amtsrang, sondern nach der Zahl der erledigten Aktenstücke richten. Ich bin überzeugt, die Sporen dieser Gratifikationen würden den heiligen Amts-*

---

[1] Das österreichische Abgeordnetenhaus kostet jährlich rund drei Millionen Kronen, ein Luxus, der vor allem anderen Luxus versteuert werden sollte.

[2] Wenn man schon die heute überlebten Einrichtungsformen des Parlaments beibehalten will, so wäre es sehr empfehlenswert, strenge Gesetze gegen Bestechung zu schaffen. So dürfte z. B. kein Abgeordneter Vater oder Sohn eines Staatsbeamten sein, Orden, Titel, Rangerhöhungen oder dergleichen als Abgeordneter annehmen. Wohl fromme Wünsche!

[3] Das alte Österreich hatte verhältnismäßig viermal so viel Staatsbeamte als Ungarn und zehnmal so viel als England. Auch Deutschland und Frankreich sind überbureaukratisch.

[4] Nach *Barolin*. Der Schulstaat, Wien, 1909, besoldet der österreichische Staat 836.000 Staatsbeamte. Bei den dänischen Eisenbahnen partizipieren die Beamten an dem Reingewinn.

schimmel in einen *beschleunigten Trab versetzen.* Auch würden die Staatsbeamten im eigenen Interesse dafür sorgen, daß möglichst wenig Beamte angestellt werden, damit ihre Gratifikationen höher ausfallen. Der Staat aber hätte bei Aufstellung der Schlußrechnungen freie Hand, könnte das Budget elastisch gestalten und brauchte nicht sogleich zu Steuererhöhungen oder Staatsanleihen zu schreiten.

3. *Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht* und der damit verbundenen Riesen-Armeen und -Flotten, die das Volk bis auf das Mark aussaugen und, wie der Weltkrieg 1914/18 gezeigt hat, kein Schutz, sondern nur die größte Gefahr aller Staaten sind. Mit einem bewaffneten Pöbelhaufen lassen sich keine ritterlichen und erfolgreichen Kriege führen. Dagegen sind wir für kleine, wohldisziplinierte, wohlausgerüstete, *korruptionsfreie* Berufsarmeen, natürlich ohne Soldatenräte und Plünderer-„Garden“.

4. *Einschränkung der Mittel- und Hochschulen,* deren es ohnehin bereits mehr gibt, als volkswirtschaftlich gesund ist. Am besten wäre es, wenn die Schule, ebenso wie sie bereits der Gewalt der Kirche, auch der Gewalt des Staates entzogen würde. Für Österreich z. B. wäre es eine Wohltat für den Geldbeutel der deutschen Staatsbürger, wenn Mittel- und Hochschulen Landes- oder Gemeindeeigentum würden. Solange die Schulen im Staatsbetriebe bleiben, werden sie Staats-Lakaien-Erziehungsanstalten und Synagogen der Wissenschafts-Bonzen sein, deren Unduldsamkeit der Unduldsamkeit der Kirchenbonzen in nichts nachsteht. Alle Staatsschulen sind im Betriebe passiv.[8] Es ist durchaus nicht ausgemacht, daß die Schulen passiv sein müssen. Viele Privatschulen sind glänzende Geschäfte. Das wäre ein Gebiet, auf dem die Gemeinden nicht nur äußerst wohltätige Reformen in das Schulwesen bringen, sondern auch tüchtig Geld verdienen könnten.

Die heutigen Mittel- und Hochschulen sind eine Gewissenlosigkeit. Denn der größte Teil der Studierenden fällt in das geistige Proletariat zurück, da der Staat außerstande ist, allen Beschäftigung und Brot zu geben. Viele Schulen sind völlig unproduktiv, da sie Schulen nur wieder für neue Schulmeister sind. Die Deutschen werden durch Schulen unpraktisch gemacht, damit die zuwandernden praktischen Mittelländer und Turanier um so leichteres Spiel haben. Daher weg mit den Staatsschulen! Dafür müssen private Gewerbe- und Landwirtschulen errichtet werden und *jeder* heranwachsende Bürger *müßte* neben dem Studium noch ein Handwerk erlernen. Zwischen Bürgern und Arbeitern soll es keinen Unterschied geben: jeder soll Arbeiter sein!

Förderung der Landwirtschaft u. strenge Regelung der Industrie.

Jeder Staat soll ein in sich abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet bilden, d. h. alle Gebrauchsgegenstände und Nahrungsmittel sollten im Staate erzeugt

[8] Im alten Österreich bestanden 347 Mittelschulen. Dem Deutschen Reiche kosten die Schulen jährlich 500 Millionen Mark. England hat dagegen fast gar keine Staatsschulen! Vergl. C. *Horn:* Das höhere Schulwesen der Staaten Europas.

und auch verbraucht werden. Die Richtigkeit dieses Grundsatzes hat die „Ariervesper 1914/18“ mit voller Klarheit erwiesen. Der erzeugte Überfluß soll zwar exportiert werden, doch darf dieser Export nie als fixes Staatseinkommen in Anschlag gebracht und nicht allzu hoch bewertet werden. Denn bei starkem Export wird der Staat Gläubiger eines anderen Staates und kann leicht Einbuße an Volkskapital erleiden,[1] umgekehrt wird bei starkem Import der Staat Schuldner eines anderen Staates und ist der Ausbeutung desselben preisgegeben. Daraus ergibt sich, daß ein Staat mit vorsichtiger Wirtschaftspolitik seine heimische Industrie nur so weit fördern darf, als sie dem Inlandkonsum genügt oder durch Export ein eventuelles Importpassivum ausgleicht. Jeder wirtschaftliche Staat muß unbedingt *die Landwirtschaft als die edelste, vornehmste und gesündeste Beschäftigung seiner Staatsbürgerschaft an erster Stelle berücksichtigen,* an zweiter Stelle kommen die Handwerker, dann erst die Industriellen, Beamten und Kaufleute. Es müssen sich alle Stände darüber klar werden, daß der Wohlstand der Landwirte den Wohlstand aller anderen Stände bedingt. Es ist ein altes und durch die Wirtschaftsgeschichte hundertfach bestätigtes Sprichwort, das heißt: „Geht's dem Bauer gut, geht's allen gut!“ Damit sind auch jedem Staate die Richtungslinien für seine Zollpolitik gegeben. Die Zölle müssen die heimische Landwirtschaft ohne Rücksicht auf die Sonderinteressen der anderen Stände schützen. Die Industrie hat vieles auf dem Kerbholz. Die Industriegauner sind an der ekelhaften Übervölkerung, Verproletarisierung, dem Sozialismus und der widerlichen körperlichen und geistigen Entartung ganzer Ländergebiete schuld. Selbstmord, Verbrechen, Elend, Armut sind am scheußlichsten in den Industriebezirken des Königreiches Sachsen, im nördlichen Böhmen und im rheinisch-westfälischen Industrierevier. Das kommt daher, weil die Industrie keine ruhige und ständige Wirtschaft, sondern Raubwirtschaft betreibt, weil die Maschinen das eine Mal den Markt überschwemmen, um in einem Jahre einen Millionengewinn zu schaffen, und dann wieder fünf Jahre zu feiern. Während des einen Jahres der Hochkonjunktur werden aber Arbeiter über Arbeiter, meist auch noch Staatsbürger der östlichen und südlichen minderrassigen Völker aufgenommen; diese Arbeiter schleppen Nationalgut ins Ausland und Krankheiten ins Inland. Oder sie bleiben im Inlande, verheiraten sich, zeugen Kinder, verpantschen und verseuchen die Rasse und erhöhen so mit den inländischen Arbeiterschichten den heillosen Proletarier-Mischmasch in unverantwortlicher Weise. So schafft die Industrie-Hochkonjunktur Übervölkerung mit minderwertigen Staatsbürgern, die dann in der Zeit der Tiefkonjunktur dem Staate zur unerträglichen Last werden und durch ihre Wühlereien und niederen antisozialen Rasseninstinkte seinen Bestand unmittelbar bedrohen.

Doch die Industrie birgt, wie die neueste Geschichte zeigt, noch weit

[1] Vergl. die verschiedenen nordamerikanischen, argentinischen, venezolanischen Finanzkatastrophen, den türkischen Boykott 1909 anläßlich der serbischen Krise!

größere Gefahren. *Die durch hohen Export nach dem Auslande in Anspruch genommene Industrie ist auch die Hauptursache der scheußlichen modernen Kriege, der planlosen Massenschlächtereien, des Militärlieferungsschwindels und dergleichen unerfreulichen Erscheinungen.*[2] Nicht mehr die Fürsten und ihre Ländergier, sondern die Großkapitalisten und die Großindustriellen waren die Urheber des spanisch-amerikanischen Krieges, des Burenkrieges, des russisch-japanischen Krieges, der Marokko-Wirren, der Balkankrisen, des „Weltkrieges" usf. Früher wurden die Kriege von Berufssoldaten und von den Fürsten auf eigene Kosten und Gefahr geführt. Diese Kriege entbehrten nicht eines ritterlichen Zuges und wurden zwar oft grausam, doch offen und ohne Heuchelei geführt. Aber sie blieben immer auf verhältnismäßig kleine Gebiete lokalisiert, während der moderne Industrialismus den abscheulichen Weltkrieg entfesselte.

Nicht Geld, Kapital und Zins sind die Wurzel des Übels, sondern die Menschen, die die Riesen-Kapitalien zusammenräubern. Die Quelle der Industrieräuberei ist der Aktienschwindel, die „anonyme Gesellschaft", die Arbeiter, Aktionäre, Volk und Staat bewuchert und einige Großgauner mit *fremdem* Geld bereichert. Deswegen keine Genehmigung neuer Aktiengesellschaften und Nationalisierung der großen Aktiengesellschaften, indem die Aktionäre mit Staatsrenten entschädigt und die stabilen Arbeiter zu Besitzern eingesetzt werden. Privatunternehmungen und offene Handelsgesellschaften müßten unangetastet bleiben, weil ihre Kapitalien sich ohnehin auf dem natürlichen Wege (Tod, Vererbung, Degenerierung der Familien) wieder verteilen.

Die Verbindung der Rassenwirtschaft mit der Volks- und Steuerwirtschaft.

Die positive Arbeit, die eine gesunde und volkstümliche Steuerpolitik zu leisten hätte, wäre die praktische Anwendung der Rassenwirtschaft, welche einerseits die Ausgaben des Staates erniedrigen, anderseits die Einnahmen erhöhen würde. Gewohnheitsverbrecher wären (schmerzlos) zu kastrieren oder zu sterilisieren. Sittlich minderwertige Weiber wären in die Bordelle zu stecken und ihnen die Heirat zu verbieten, damit so das Entstehen von Verbrecher-Generationen, erblich Belasteten und Bresthaften hintangehalten würde. Die Justiz, Krankenpflege und -versorgung kosten dem Staate ungeheure Summen. Auch Krankheit und frühes Altern sind hauptsächlich ererbte und rassenhafte Erscheinungen. Daher: Eherekrutierungen, Verbote auf Heiraten mit Kranken oder erblich Belasteten. Dagegen Preise auf Ehen zwischen besonders schönen und

[2] Die Schwindeleien in der italienischen Marine (Terni-Werke) und 1909 in der französischen Marine, die den verdienten Sturz *Clemenceaus* veranlaßten; die japanische Marineaffäre, die unzähligen Korruptionsskandale des Weltkrieges!

gesunden Menschen, deren Nachkommenschaft das wertvollste Gut eines jeden Staates darstellt.

Ausnahmsgesetze gegen die Einwanderung und Seßhaftigkeit der Staatsbürger östlicher und südlicher Länder werden trotz des Geschreies der liberalen Presse eine von Jahr zu Jahr dringender werdende Notwendigkeit. Ob nun die liberalen Pharisäer wollen oder nicht, in zehn Jahren wird man praktische Rassenwirtschaft betreiben und Slawen, chinesischen Kulis und Negern in den Kulturstaaten nicht dieselben Rechte einräumen wie den Weißen. Der Kuli wird den Sozialdemokraten den Garaus machen und die sozialistischen Arbeiter werden zuerst und am lautesten nach Rassenwirtschaft rufen![1]

Österreich ist meines Wissens der erste Staat, der eine treffliche rassenwirtschaftliche Steuer eingeführt hat, indem es nicht nur jeden Militäruntauglichen, sondern auch dessen Eltern mit einer eigenen Steuer belegt. Es wäre wünschenswert, daß Deutschland und die anderen Staaten gleichfalls diese Steuer einführten. Eine rassenwirtschaftliche Abänderung des Patentrechtes, wie es leider in allen Kulturstaaten besteht, würde nicht nur eine himmelschreiende Ungerechtigkeit gegen die höhere Rasse beseitigen, sondern auch dem Staate große Einkünfte erschließen. Es müßten alle Patenttaxen abgeschafft, und auf die verkauften patentierten Gegenstände müßte eine Steuer gelegt werden. Denn nicht der Erfinder, sondern der Fabrikant soll zahlen. Patente müßten von unbeschränkter Geltungsdauer und in männlicher Linie nach dem Rechte der Erstgeburt in der Familie des Erfinders vererblich sein. Nach Aussterben der Familie des Erfinders im Mannesstamm tritt der Staat als Erbe des Patentes ein und macht ein Monopol daraus. Ebenso müßte das Verlagsrecht aller Bücher, deren Autorrecht verfallen ist, nationalisiert, und der Ertrag bedürftigen Intelligenzproletariern zugewendet werden.

Äußerst ersprießlich für die Staatsfinanzen wäre die *durchgängige Anwendung der Zwangsarbeit als Strafmittel* sowohl bei zivil- als strafrechtlicher Abstrafung, dagegen Abschaffung der unwirtschaftlichen Todes- und Kerkerstrafe, die den Verbrecher nicht bessert, sondern geradezu verschlechtert und dem Staat ein Heidengeld kostet. Unter Zwangsarbeit verstehe ich jedoch nicht Schachtelkleben, Säckenähen, Bürstenbinden oder sonst ein Handwerk, was nur dem ehrlichen Handwerk ungesunde Konkurrenz bietet, sondern besonders schwere oder gefährliche Handarbeit, zu der der Staat heutzutage Ausländer, wie Italiener, Slowaken, Kroaten, Serben, Albanesen und dergleichen verwenden muß, die das österreichische oder deutsche Steuergeld in das Ausland schleppen. Beim Bau der Staatsbahnen, bei Flußbauten, in den staatlichen Bergwerken sollten nur Sträflinge verwendet werden. Leichtere Vergehen sollten mit Landarbeit auf einem Bauernhof bestraft werden. Die Sträflinge könnten als Einleger bei Bauern verwendet werden, wie dies mit Erfolg, wenn ich nicht irre, schon in Preußen

[1] Die Stifter des der organisierten Sozialdemokratie so gefährlichen „Bolschewismus" sind mongoloide Juden und — chinesische Soldaten!

geschehen ist. Es würde dadurch der Leutenot auf dem Lande abgeholfen werden.[2] Geldstrafen müßten nach der Höhe des Einkommens des Verurteilten bemessen werden. Wer nicht zahlen kann, muß durch Zwangsarbeit abbüßen. Die Justiz darf dem Staate nichts kosten, sondern soll von den Verurteilten zur Gänze bezahlt werden: in Geld oder Arbeit! Ein staatliches Arbeitsvermittlungsamt wäre wohl die dringendste und erste Notwendigkeit für ein „Arbeits-Ministerium", falls es diesen Namen mit Recht führen soll. In die Staatsgrundgesetze wäre ein neuer Paragraph aufzunehmen, nach dem jeder Staatsbürger das Recht auf Arbeit von seiten des Staates hätte. Dieses allerwichtigste Staatsbürgerrecht haben die liberalen Gaukler und Volksbetrüger in allen Staatsgrundgesetzen absichtlich vergessen!

Luxus- und Weibersteuern.

Als Grundprinzip einer jeden volkstümlichen und wirklich erzieherischen Steuer hat zu gelten, daß der Luxus, die gesundheitsschädlichen Genußmittel und alle aus dem Auslande bezogenen Waren so hoch wie irgend möglich besteuert werden. So unmoralisch es von seiten eines Staates ist, die notwendigen Lebens- und Gebrauchsmittel, wie etwa Brot, Salz, Fleisch, Petroleum und Kohle, zu besteuern, so sittlich und volkserzieherisch ist eine hohe Steuer auf Genußmittel, die zur Degenerierung des Volkes beitragen und obendrein aus der Fremde bezogen werden müssen: daher hohe Steuern auf Branntwein, Kaffee, Kakao, Tee, Schaumwein und besonders Tabak. Diejenigen, die sich und ihre Kinder degenerieren und die Narrenhäuser füllen, die sollen so viel zahlen, als nur möglich ist. Mich wundert, daß die Staaten noch nicht auf eine sehr einträgliche Steuer gekommen sind, deren Einführung gleichzeitig ein Gebot der Gerechtigkeit wäre. Während nämlich der Erfinder einer Maschine Taxen zahlen muß und obendrein rechtlos ist, sind mechanisch hergestellte Reproduktionen in Büchern und auf Ansichtskarten ohne jegliche Taxe in infinitum „autorrechtlich" geschützt. Meiner Ansicht nach sollen alle mechanisch hergestellten Bilder jahrestaxpflichtig sein und nur so lange geschützt sein, als Taxen gezahlt werden. Denn ein durch einen Apparat hergestelltes Bild ist kein „geistiges Eigentum". Jedenfalls wäre in diesem Falle eine Steuer für den behördlichen Schutz gegen Nachbildungen entschieden mehr am Platze als die Patenttaxzahlung. Man soll endlich auch Gerechtigkeit walten lassen und das Frauengeschlecht, das weitaus erziehungsbedürftiger ist als das Mannesgeschlecht, nicht von jeder Steuer verschonen. Gerade die Weiber mit ihrem übertriebenen Luxusbedürfnis sind es, die den Bestand der vielen die Volkswirtschaft ungeheuer schädigenden Luxusindustrien fördern. Daher Steuern auf: Seidenstoffe, Hüte, Federn und Korsetts; ferner Edelstein-Schmucksteuer, Parfümsteuer, Klaviersteuer, nicht zu vergessen auch die Automobilsteuer. Mich wundert nur, daß noch kein Handelsminister ein besonders steuerergiebiges Gebiet entdeckt hat, nämlich den von der holden Weiblichkeit

[2] Vergl. J. Lanz-Liebenfels: Das Gesetzbuch des Manu und die Rassenpflege der alten Inboarier, „Ostara"-Verlag, Rodaun.

besonders in Anspruch genommenen poste restante-Briefwechsel. Jeder poste restante-Brief dürfte nur nach Zahlung von zehn Hellern (oder zehn Pfennigen) Strafporto ausgefolgt werden. Die Mehreinnahme müßte in jedem Staate mehrere Millionen ausmachen. Diese Einführung wäre durchaus gerecht, denn der Inhaber eines poste restante-Postfaches zahlt z. B. in Österreich monatlich zwei Kronen.

An der heute bestehenden Dienstbotennot sind die unerzogenen und unerfahrenen Hausfrauen selbst am meisten schuld. Eine Dienstbotensteuer wäre daher sehr zu begrüßen. Allerdings müßte ausdrücklich bestimmt werden, daß diese Steuer lediglich die Hausfrau und nicht den Hausvater trifft, daß sie der Frau auferlegt sei und von deren Einkommen einzuheben sei. Nur im Falle der Vermögens- oder Einkommenslosigkeit hat der Mann dafür aufzukommen, falls er dies freiwillig tut. Die Steuer soll sich nach der Zahl der Dienstboten und dem Einkommen der Frau richten. Gerade diese Steuer würde für unser modernes Frauengeschlecht von außerordentlich erzieherischem Werte sein, da sie die Weiber zwingen würde, sich im Haushalt zu betätigen. Dabei würden die Frauen gesünder und geburtstüchtiger und die Unmenge von Stadtdienstboten auf das flache Land abgedrängt werden, wo sie in den ländlichen Betrieben Arbeit suchen und so die Leutenot der Landwirte beseitigen helfen würden.

Monopolisierung der Bank- u. Geldgeschäfte durch die Postsparkasse.

Die Monopole, wie z. B. das Salz- und Tabakmonopol und Lotteriemonopol in Österreich, das Branntweinmonopol in Rußland, das Zündhölzchenmonopol in Frankreich, haben sich als ungeheuer ergiebige Einnahmsquellen erwiesen. Die meisten Staaten haben auch durch die Staatsbahnen ein Eisenbahnmonopol. Es wird nicht lange dauern, daß die wirklich gut regierten Staaten auch Kohlen-, Erz- und Petroleummonopole einführen werden. Doch am einschneidendsten wird die verhältnismäßig leichte Monopolisierung des Bankgeschäftes durch die Postsparkasse sein.

Der Juli-Ausweis 1909 der österreichischen Postsparkasse gibt uns ein Bild von dem gewaltigen Umfang dieses Geldinstitutes. Das Institut hatte in diesem Monat bereits 91.200 Scheckkonto-Inhaber, von denen jeder mindestens eine Stammeinlage von 100 K erliegen haben muß. Von diesen 91.200 Scheckkonto-Inhabern standen 89.000 im Clearingverkehr, d. h. wenn ein Postsparkassenkonto-Inhaber einem anderen Postsparkassenkonto-Inhaber Geld anzuweisen hatte, so ließ er ihm das Geld nicht in bar zukommen, sondern auf dem Papier von seinem Postsparkassenkonto auf das Postsparkassenkonto seines Gläubigers überschreiben. Die Zahl der Besitzer von Postsparkasse-Einlagebüchern betrug über zwei Millionen, die 219 Millionen Kronen Ersparnisse dem Staate

anvertraut haben. Dazu kommen nun noch die Einlagen der Scheckkonto-Inhaber, so daß also die Postsparkasse im Juli 1909 insgesamt über Einlagen von 504 Millionen Kronen, d. i. über eine halbe Milliarde Kronen verfügte. *Die Postsparkasse ist die glänzendste Einrichtung, die Österreich besitzt*[1] *und könnte als Volksbank im wahrsten Sinne des Wortes für alle anderen Kulturstaaten vorbildlich werden.*

Die Tätigkeit der Postsparkasse umfaßt gemäß ihrem großartig und geistvoll angelegten Statut alle Bankgeschäfte. Die wichtigsten Zweige sind: der Sparverkehr, der Scheckverkehr und das Staatspapiergeschäft. Der Sparverkehr besteht darin, daß an jedem Postamt auf eigene Postsparkasse-Einlagebücher Einlagen bis zur Höhe von 2000 K angenommen und (in beschränktem Maße) wieder zurückgezahlt werden können. Leider wird die Einlage nur mit drei Prozent verzinst. Die Vorteile der Postsparkasse-Einlagebücher gegenüber den Einlagebüchern der Privatbanken sind in die Augen springend; denn 1. ist der Staat sicherer als jede Privatbank, 2. kann man die Einlage einzahlen und wieder zurücknehmen in jedem Postamt, während man sonst mit dem Bank-Einlagebuch in die Bank oder deren Filialen gehen oder fahren muß. Leider ist aber die Verzinsung mit drei Prozent zu niedrig. Die Liberalen haben, als die Postsparkasse gegründet wurde, nur mit saurer Miene zugestimmt. Denn die Postsparkasse ist eine so tadellos *volks*tümliche und überzeugend wirtschaftliche Einrichtung, daß jedes offene Dagegenreden nicht nur unmöglich, sondern ausgesprochene Volksfeindlichkeit gewesen wäre. Das aber haben die damaligen Liberalen doch gescheut. Dagegen haben sie es doch als Helfershelfer des geängstigten Großkapitals und der Banken durchgesetzt, daß die Postsparkasse nicht allzu konkurrenzfähig werde, indem sie den Zinsfuß der Bücher-Einlagen auf drei Prozent beschränkten. Es ist daher mein erster Vorschlag: *Erhöhung des Zinsfußes der Postsparkassen-Einlagebücher von 3 % auf 3½ % oder 3¾ %, eventuell 4%.* (Zum Teile ist dieser Vorschlage in den „Rentenbüchern" bereits durchgeführt.) Es macht doch gar nichts, wenn die Privatbanken dann zusperren müssen, die Banken sind doch wahrlich keine Volksbeglücker, sondern eher das Gegenteil, und ihr Verschwinden und das allgemeine staatliche Bankmonopol der Postsparkasse wäre nur freudigst als eine glückliche und segensreiche volkswirtschaftliche Errungenschaft zu begrüßen und würde nutzlose und unpopuläre Steuern, wie Börsensteuer, Effekten-Stempel und dergleichen überflüssig machen. Allerdings könnten darunter auch die sehr wohltätig wirkenden Stadt- und Landes-Sparkassen leiden. Aber das ließe sich leicht dadurch verhüten, daß die Postsparkasse aus ihren riesigen Einlagendepots einiges Geld bei diesen wohltätigen und gemeinnützigen Sparkassen einläge.

[1] Gegründet 1883. Die geistigen Urheber dieses großartigen Instituts sind Dr. *Georg Coch* und Dr. *Alexander v. Peez*. Die k. k. österreichische Postsparkasse ist jetzt in einem ihrer Bedeutung würdigen, von dem genialen Architekten *Otto Wagner* erbauten Palast untergebracht.

Übrigens wäre es auch in dieser Hinsicht ganz gesund, wenn einige schlecht und nicht gemeinnützig geleitete Institute eingingen, denn faule Sparkassen sind volkswirtschaftliche Schädlinge, deren Ausrottung gleichfalls zu wünschen ist.

Die zweite Reform müßte im Scheckverkehr eintreten. Bisher ist es schon als große Erleichterung empfunden worden, daß man Steuerämtern und Schulen Gelder durch Postsparkassen-Erlagscheine übermitteln konnte und die Ämter und Schulen ein Scheckkonto bei der Postsparkasse nahmen, zu dessen Eröffnung eine Stammeinlage von 100 K notwendig war. Leider werden die Scheckkonto-Einlagen nur mit zwei Prozent verzinst. Hier wären nun drei Reformen von ungeheurer Bedeutung: 1. Müßte die Stammeinlage von 100 auf 50 K oder noch niederer herabgesetzt werden; 2. müßten die Einlagen mit mindestens drei Prozent verzinst werden; 3. *müßten alle Staatsbeamten und alle Staatslieferanten ein Scheckkonto nehmen. Der Staat würde daher seinen Beamten und Lieferanten nicht mehr in bar per Post oder durch die Steuerämter usw. auszahlen, sondern er würde ihnen die Gehälter, Löhne oder Zahlungen auf das Scheckkonto gutschreiben.*

Der Scheckverkehr der Postsparkasse gewährt rein technisch eine Menge Bequemlichkeiten sowohl für den Scheckkonto-Inhaber, als auch für die Postverwaltung. 1. Wer wenig Bargeld bei sich in der Wohnung hat, kann nicht bestohlen oder ausgeraubt werden. Auch den vielen Geldbetrügereien, Unterschleifen, Erbschleichereien usw. ist man weniger ausgesetzt. 2. Ein Hauptvorzug des Scheckverkehres ist jedoch die vollständige Geheimhaltung des Geldverkehres, wie sie durch keine andere Gebarung in dem Maße gewährleistet wird. Denn der Scheckkonto-Inhaber steckt einfach seinen Scheck in eine geschlossene Briefhülle, die er unfrankiert in den nächsten Postkasten wirft und die nur von den Beamten in der Postsparkassen-Kontrolle eröffnet werden kann. Umgekehrt erhält der Scheckkonto-Inhaber durch den ihm geschlossen zugesandten Scheckkonto-Auszug von eventuellen Einlagen Kenntnis. Die Vorteile dieses Systems brauchen nicht erst angepriesen zu werden. Versendet man Geld per Geldanweisung, muß man entweder selbst auf die Post gehen oder Dienstboten schicken und das Geld in bar einzahlen. Es erfahren daher der Dienstbote, die im Postamte zufällig anwesenden Parteien und der Postbeamte, meist die *Postbeamtin*, wieviel Geld und an wen man das Geld versendet. Umgekehrt erfahren von Geldern, die durch Geldanweisung einlangen, wieder die Postbeamtin, der Briefträger, der Hausmeister, die Köchin, das Stubenmädchen und wer weiß noch! Man lebt daher sozusagen auf der Straße und manche Postbeamtinnen sorgen dafür, daß jeder, besonders in kleinen Orten, über das Portemonnaie seines Nachbars besser aufgeklärt ist als über sein eigenes, besonders in dem Falle, daß in dem eigenen Portemonnaie nichts darinnen ist. 3. Eine große Annehmlichkeit ist ferner die Portofreiheit der Korrespondenz. 4. Ersparung an Zeit, da der Gang auf die Post wegfällt. Ent-

lastung der Postbeamten von Arbeit, daher Ersparung im Postbetrieb an Personal.

Diese Einrichtung hätte auch eine Menge heilsamer volkswirtschaftlicher Folgen. 1. Würden die Staatsbeamten, nachdem sie das Geld nicht sofort bar in die Hand bekämen, etwas sparsamer leben. Das Scheckkonto würde erzieherisch wirken. Die sparsamen Beamten, und das wäre eine sehr ins Gewicht fallende Zahl, würden ihren Gehalt überhaupt nicht sofort am Ersten eines Monates ganz beheben, sondern einen Teil auf dem Scheckkonto stehen lassen. 2. Wenn nun auch diese Summe bei jedem einzelnen nicht gar groß aussieht, so summiert sie sich doch bei den Hunderttausenden von Beamten, die der Staat an jedem Monatsersten auszuzahlen hat. Sagen wir, der Staat habe an Gehältern und Pensionen jeden Monat 100 Millionen Kronen zu zahlen und von den 100 Millionen würden 60 Millionen vor dem 1. des Monats in bar abgehoben, so bliebe dem Staate immerhin eine Summe von 40 Millionen Kronen samt ihrem Zinsenertrag durch 15 Tage in Verrechnung. Der Staat würde daher nie den würgenden Geldmangel an den ersten Monatstagen empfinden. Dieser Geldmangel macht sich um diesen Termin aber auch in dem ganzen Geschäftsleben geltend und wird von den Volksausbeutern und Börsengaunern in rücksichtslosester Weise ausgenützt. Die Überweisung der staatlichen Gehälter auf Scheckkontos würde den „Ultimo-“ und den unmoralischen Termingeschäften wesentlich Einhalt tun.

3. Aber nicht genug damit, die Staatsbeamten würden auch **alle Privaten zwingen, sich ein Scheckkonto zu nehmen**, und die Klientel der Postsparkasse würde ins Ungeheure anschwellen, wenn einmal die Vorzüge und Bequemlichkeiten des Postsparkassen-Clearingverkehrs allgemein bekannt sein würden. Wenn es auf mich ankäme, müßte in allen Volks- und Mittelschulen sowie in allen Kirchen, wenigstens einmal im Monate, ein gemeinverständlicher Vortrag über die Postsparkasse gehalten werden, um jeden Staatsbürger zum Eintritt in diese Volksbank zu gewinnen. **Wer ein Bankkonto beim Staate hat, kann nie Anarchist werden!**

Monopolisierung der Warenhäuser, Pfand- und Versatzämter durch die Postsparkasse.

Die Postsparkasse müßte auch mit staatlichen Pfand- und Versatzämtern,[1] Hypothekenbanken und der Warenbörse verbunden werden. Ebenso, wie die Postsparkasse die Effektenbörse und die Banken überflüssig machen würde, da der eine Postsparkassen-Klient Papiere verkaufen, der andere kaufen will und die Postsparkasse dieses Geschäft in sich abmachen kann, so kann sie, falls sie mit den oben angeführten Ämtern vereinigt wird, auch die Warenbörse überflüssig machen und den Getreidewucherern, Hypothekenschwindlern und anderen schmarotzerischen Zwischenhändlern den Garaus machen. Ich denke mir riesige Warenhäuser in allen größeren Städten, ähnlich dem Wiener Dorotheum — vielleicht benützt man in zwanzig Jahren die bis dahin überflüssig und lächerlich gewordenen Trottel-Erziehungsanstalten — genannt Universitäten und Gymnasien — wohin die Verkäufer ihre Waren bringen und die Käufer sich ihre Waren kaufen werden. Die unverschämten Preisdrückereien und Kursschwankungen der Warenpreise werden da sofort aufhören, und das falsche, räuberische Dogma von der Preisbildung durch Angebot und Nachfrage wird seine unheilvolle Kraft verlieren.

[1] Vergl. die Gratis-Flugschrift: Bestimmungen für den Geschäftsverkehr der Postsparkasse, 2. Aufl., Wien 1903, Selbstverlag der Postsparkasse.

Im Jahre 1908, in den Zeiten der würgendsten Geldnot, ist die „Neue Freie Presse“ vor der gehaßten Postsparkassa nach Canossa gegangen, indem sie den Vorschlag machte, die reiche Postsparkasse möge einigen „seriösen“ Privatbanken mit Vorschüssen unter die Arme greifen. Warum gerade den volksfeindlichen Großbanken? Ich weiß für die Postsparkasse weit „seriösere“ Anlagen. Die Postsparkasse müßte abgewirtschaftete Bauerngüter ankaufen und mittellose oder Kleinkapitalisten dort als Pächter ansiedeln. Dadurch würde das Anwachsen des Großstadt-Proletariats, des Anarchismus und der Degenerierung der Rasse durch Zuwanderung von Fremdvölkern verhindert werden. Doch müßten diese Bauerngüter auch an Mittellose, und zwar nach dem Vorbilde der „Kolonie-Regulativs“ der überseeischen Länder, verteilt werden.[2]

Die Monopolisierung der Versicherungsanstalten und des Reklamegeschäftes durch die Postsparkasse.

Unbegreiflich ist mir, warum die Staaten noch nicht längst ein Gebiet ausgebeutet haben, auf dem für die Staatsbürger und die Staatskassen ungeheurer Gewinn erwachsen würde, ich meine damit die **Monopolisierung der Versicherungs-, Pensions- und Leibrentenanstalten.** Die sogenannten Versicherungen **sind heutzutage das einträglichste Geschäft, das jedes andere Geschäft, gleichgültig welcher Branche, weit hinter sich läßt.** In allen Kurszetteln haben die Aktien der Versicherungsgesellschaften den höchsten Kurs und zahlen Dividenden, deren Höhe einfach unerhört ist. So zahlt z. B. eine Aktie der „Assikurazione Generali“ von dem Nominale 600 K eine Dividende von 600 Franken, d. i. **fast hundert Prozent!!** Die Aktie, die mit 600 K ausgegeben wurde, hat daher heute einen Kurs von 13.800 K! Wenn auch nicht so glänzend, doch immerhin selten hoch verzinsen sich die Aktien der Versicherungen „Anker“, „Securitas“, „Erste österr. allg. Unfall“ (Kurs 6600 bei einem Nominale von 400 K). Was könnte der Staat — insbesondere durch eine Leibrentenanstalt — verdienen, wenn er der Postsparkasse eine Versicherungsanstalt angliedern würde! **Der Staat muß, unbekümmert um die bestehenden Institute, selbst mit eigenen Versicherungsanstalten in**

[2] Vergl. J. Lanz-Liebenfels: Der Kolonist, Verlag „Lumen“, Wien.

die **Schranken** [illegible] Institute und [illegible] [illegible]wand drücken.

Die Postsparkasse [illegible] Millionen [illegible] Privatunternehmen aufzuweisen hat, wäre auch berufen, einen zweiten einträglichen Geschäftszweig in die Monopolgewalt des Staates zu bringen: ich meine das **Ankündigungswesen**, aus dem die großen Zeitungen Millionengewinne herausschlagen, ohne daß jedoch daraus die Inserenten wirklich einen greifbaren Nutzen hätten. Die Postsparkasse kann jede Zeitung in dieser Weise unterbieten, da sie den größten Kundenkreis hat und obendrein Portofreiheit genießt. Ich stelle mir die Sache so vor, daß entweder die Kuverts und die Rückseite der Scheckkontoauszüge zum Aufdrucke von Annoncen verwendet werden oder monatlich einmal (oder öfter) **gratis** Postsparkassen-Inseratenblätter an alle Scheckkonto-Inhaber gesendet werden. In diesen Inseratenblättern kann die Postsparkasse teils für ihre internen Geschäfte, wie Staatspapier-Geschäfte, Hypotheken- und Versteigerungs- oder Warengeschäfte Reklame machen oder Annoncen von Privaten gegen Bezahlung (ähnlich wie jede Zeitung) annehmen. In dieser Beziehung kann die Postsparkasse gleichfalls selbst der größten Zeitung den Rang ablaufen, da solche Inserate entweder auf jedem Postamt oder mittels Postsparkassenscheck aufgegeben werden könnten.

Das „Volksgeld" und die „Staatsbürger-Dividende".

Der Staat kann also nach dem Vorausgehenden als Geschäft betrieben werden, in dem jeder Staatsbürger Teilhaber und Anwärter auf den Reingewinn ist. Die Staatsbürgerschaft kann daher nicht, wie dies heutzutage der Fall ist, nur eine Last sein, sondern auch in Form einer Staatsbürger-Dividende materiellen Nutzen abwerfen. Also nicht bloß ein Huhn im Topfe, sondern auch ein Gutschriftkonto auf der Postsparkasse könnte der Staatsbürger der Zukunft haben. Das klingt utopisch, ist aber durchaus nicht so unmöglich. Nehmen wir an, jeder Staatsbürger hätte ein Postsparkassenscheckkonto. In diesem Augenblicke haben wir auch das langersehnte **Volksgeld**, das von dem Fluche des Metallgeldes und aller damit verbundenen volksausbeuterischen Treibereien befreit wäre. In diesem Augenblick gäbe es für keinen gewissenhaft geleiteten Staat eine Geldnot, Steuererhöhung, Steuerregulierung, Staatsanleihen- oder Staatsscheinewirtschaft. Denn für alle wirklich volksfreundlichen und fruchtbringenden Anlagen, wie Eisenbahnen, Bauten, Kanäle, Spitäler und dergleichen brauchte der Staat die Staatslieferanten und die Arbeiter nicht in Bargeld, sondern nur in Gutschriften auf ihre Konti zu befriedigen.[1] Alle im Umlauf befindlichen

[1] Oder statt Bargeld Postsparkassen-Scheine auf kleine Beträge von 10 h oder 1 K geteilt herausgeben, die dem unbedingt notwendigen Bargeldverkehr dienen sollten. Die Postsparkassenscheine müßten, damit sie recht schnell wieder in die Kontoeinlagen zurückkehren, nur durch einen Monat Gültigkeit haben.

[illegible]lungsmittel („Geld") wären nicht [illegible] mit [illegible] Metall, sondern [illegible] oder mit Arbeit oder Warenlieferung [illegible]. Bargeld wäre [illegible] Verkehr mit dem Ausland notwendig. Um auch im Auslandsverkehr den Bedarf an Bargeld herabzudrücken, müßte der Staat darauf achten, daß die Handelsbilanz dem Auslande gegenüber nicht passiv werde. Deswegen empfehlen sich — ohne Rücksicht auf großkapitalistische Schreier — hohe Abwehrzölle auf alle Waren, die eingeführt werden und die Passivität der Handelsbilanz verursachen. Oder wir müßten als notwendige Konsequenz des „Völkerbundes" mutig zur — **Weltpostsparkasse** — z. B. in London oder Neuyork — übergehen! Wir könnten noch einen Schritt weiter gehen, alle Steuern und Steuerbehörden abschaffen und dafür bei jeder Gutschrift auf ein Postsparkassenkonto eine prozentuelle Steuergebühr automatisch einheben! Bei dem Bargeldüberfluß und der ungeheuren Summe der Geldeinlagen wäre die Postsparkasse in der Lage, auch die gemeinen Spitzbübereien und Gaunereien der Effekten- und Warenbörse gewaltsam zu unterdrücken. Jeden Fortschritt in der wirtschaftlichen Befreiung des Volkes beantworteten bisher die allmächtigen Großfinanzmänner mit heimtückischen Börsenfinten.[2] Die Regierungen stehen heute völlig unter dem Einflusse der Rothschilds, Bleichröder und Konsorten. Wenn die Regierungen etwas tun, was ihnen nicht paßt, so drücken sie den Kurs der Staatspapiere herab[3] oder geben den Staaten Geld unter noch drückenderen Bedingungen. Nun darf aber kein Mensch so dumm sein und glauben, die Rothschilds und Bleichröder legen aus ihren eigenen Taschen die Milliarden auf die Zahltische der Staatsbanken. Sie sind ja nicht so reich und sind ja eigentlich nichts anderes als Geldvermittler und Provisionsagenten, allerdings größten Stils. Es ist also nicht ihr Geld, das sie dem Staate und mittelbar dem Volke zu Wucherzinsen borgen, sondern — das ist ja das Tolle an der Sache — es ist das Geld des Volkes, es sind die Milliarden kleiner Bankeinlagen der Sparer, die die Finanzmagnaten dem — Volke borgen! Dieser unverschämten Volksberaubung wird die reformierte Postsparkasse ein für allemal Einhalt tun. Denn, fiele es den Finanzmagnaten ein, sich an dem Staate zu rächen und den Kurs der Staatspapiere zu drücken, so würde die Postsparkasse mit Seelenruhe die Papiere zu tiefem Kurse aufkaufen und dabei verdienen, wenn sie die Papiere an ihre Einleger etwas teurer wieder abgibt. Anleihen würde der Staat dann überhaupt nicht mehr bei den Finanzmännern aufzunehmen brauchen. Der Staat würde also wirklich so weit kommen, daß er nicht nur keine Steuer mehr einzuheben brauchte, sondern jedem produktiven Staatsbürger gleich einem Aktionär einer Gesellschaft jährlich eine Dividende als Anteil an dem Gewinne

[2] Z. B.: Die großen Finanzkatastrophen in Nordamerika im Jahre 1907. Es war dies die Rache der Trustmagnaten. Die Regierung mußte zum Schluß vor diesen Großgaunern die Waffen strecken.

[3] Vergl. die großartig geschriebene Schrift Dr. J. **Kolk**: Das Geheimnis der Börsenkurse und die Volksausbeutung durch die internationale Börsenzunft, Leipzig, Verlag Hermann Bayer, 1893.

des „Staatsgeschäftes“ gutschreiben könnte. Gewiß eine unserer „steuerzahlenden“ Menschheit ganz sonderbar erscheinende Utopie. Aber trotzdem ist sie nicht unmöglich, allerdings unter einer Voraussetzung, und die ist, daß der Staat, der alle diese volkswirtschaftlichen Reformen einführt, auch planmäßige Rassenwirtschaft betreibt, d. h. in gelinder, aber doch folgerichtiger Weise und ohne Humanitätsdusel die Minderrassigen ausrottet und allmählich einen möglichst gleich- und hochrassigen Typ seiner Staatsbürger heranzüchtet. Leider, leider wird diese Züchtung nicht allein durch das Gesetz am grünen Tisch von uns Männern allein, sondern weit mehr durch „Amor, den losen Knaben“, in den Schlafzimmern bestimmt. Die Weiber aber schwärmen für Neger, Marokkaner, Aschanti, chinesische Wäschereiniger und Zigeuner. Aber die rassenwirtschaftliche Erkenntnis bricht sich infolge der Not der Zeit schneller als wir es erwarteten, Bahn. Die alten, volks- und rassenwirtschaftlich unbedingt notwendigen Strafmittel des urarischen Rechts, *die Entmannung*, *die Verknechtung* (durch Zwangsarbeit) und *die Unfruchtbarmachung durch Prostitution* werden von modernen Staaten in ihrer finanziellen Not wieder aufgegriffen. Der Staat Indiana hat die Kastration bereits eingeführt, Preußen verurteilt einstweilen versuchsweise mit Zwangsarbeit auf dem Lande, Österreich besteuert die Eltern militäruntauglicher Söhne, überall erkennt man bereits, welch ungeheure Last die Minderrassigen für die Staaten seien. Der Milwauker „Freidenker“ berichtet in Nr. 1930, daß von 700 Abkömmlingen der vor 70 Jahren verstorbenen Alkoholikerin und Diebin Ada Jurcke 106 uneheliche Kinder, 144 Bettler (!), 64 Armenhäusler (!), 181 Prostituierte, 76 Diebe, 7 Mörder waren. *Diese Menschenbrut hat nach den Berechnungen eines amerikanischen Professors dem Staat während der 70 Jahre sage und schreibe 5 Millionen Mark gekostet*, ohne auch nur einen Pfennig für den Staat geleistet zu haben. Also, es dämmert, Unversehens kommt die heroische Rassenwirtschaft und das heroische Mannesrecht und mit ihnen das Heil der Menschheit. Die Not des Weltkrieges wird das Ihrige beitragen, um die Menschheit, die sich aus eigenem und freiem Willen nie bekehrt, durch den Zwang zur Vernunft zu bringen.

Ostara-Post (abgeschlossen am 8. Dezember 1918).

Friede!

1\. Wo stehet ihr? Ihr steht nicht mehr
Auf altem, sichern Grunde,
In wildes sturmdurchwühltes Meer
Verschlug euch diese Stunde.
Die Stürme niederer Eigenlust,
Die Jagd nach dem Gewinne,
Durchtoben sie nicht jede Brust
Und fesseln aller Sinne?
Ein übermächtig Götzenbild
Verschlinget eure Habe
Dem Ich, dem eignen Ich nur gilt
All eure Opfergabe.

Die dunkle Flut, die euch umringt,
Bringt sie euch kein Besinnen?
Wer nicht sein Ich zum Opfer bringt,
Wird nie das Los gewinnen.
Ihr steht nicht mehr, ihr werdet nur
Getrieben sonder Weile,
Ihr sehet nicht die lichte Spur
Des Pfades nach dem Heile.

2\. Die sturmgepeitschten Wogen wehrt
Ein Fels nur ab im Meere,
Der Glaube ist's, der unversehrt,
Besteht im dunklen Heere.
Auf diesem Felsen liegt ein Hain
Mit ewig grünen Auen,
Dort leuchtet euch ins Herz hinein
Die *Hoffnung*, das Vertrauen.
In diesem Hain steht ein Altar,
Das Heiligste enthaltend,
Dort wohnt die *Liebe* immerdar,
Sich ewig neugestaltend,
Dort leuchtet sie ins Meer hinaus
In ungezählten Strahlen,
Sie leuchtet euch ins Heimathaus
Hinweg aus Todesqualen.
Wer allzusehr sein Leben liebt,
Den kann sie nicht bewahren,
Nur den, der ihr sein *Alles* gibt,
Entreißt sie den Gefahren.

3\. Wer einmal zu der Liebe kam,
Wird nie von ihr geschieden;
Sie nimmt Verzweiflung, Stolz und Gram
Und bringt den wahren Frieden.
Der Friede, den die Liebe bringt,
Der ist von ew'ger Dauer,
Weil er durch *alle* Herzen dringt,
Mit sanftem, hell'gem Schauer
Der Friede, den die Liebe bringt,
Der schlägt kein Gut in Stücke,
Der Friede, den der Engel singt,
Läßt keinen Haß zurücke!
Wer gerne diesen Frieden mag,
Muß *sich* zuvor verwandeln;
Den bringt kein menschlicher Vertrag,
Kein schlaues Unterhandeln.
Der Friede wird nicht Siegerpracht
Und nicht Besiegte sehen,
Der wird von außen *nie* gemacht,
Der muß in euch erstehen.

Fr. Erwin, p. O. N. T.

Vom Schwingen und Klingen und göttlichen Dingen von Detlef Schmude, C. O. N. T., Verlag von Arnold Peter, Sterzenbach, N. N. T., Quedlinburg im Harz, Mk. 2.—. — Ein echtes, tiefes Templeisenbuch, das aus jeder Zeile den Geist reinster Ariosophie ausströmt. Es zeigt in Form einer feinfühligen Novelle, in welche Gedichte von vollendeter Form eingestreut sind, daß alles Schwingung ist und daß das Geheimnis aller Lebenskunst und alles Glückes eben darin besteht, sich auf diese Schwingungen einzustellen, anderseits durch selbsterzeugte Schwingungen die Umwelt nach dem eigenen Ideal umzubilden. Wir können allen unseren Freunden das schöne und sinnige Buch als das langersehnte Templeisen-Andachtsbuch aufs dringendste empfehlen. Es ist berufen, eben durch seine starken Schwingungen unsere Ideen in die Weite zu tragen.

Meister Küppers in Mueden (Kreis Celle, Hannover), hat ein neues, wunderschönes handgeschriebenes Liederheft „Ich war — Ich bin — Ich werde, Lieder vom Sein“ herausgegeben, das vom Verfasser gegen Einsendung von Mk. 5.— zu haben ist. Wir empfehlen angelegentlichst, das Heft zu bestellen.

Richard Schaukal, Österreichische Züge. München 1918 bei Georg Müller. — Ein Buch der Stunde! — Jetzt, da sich Österreichs Geschick und Zukunft entscheidet, tut es not, das wahre Wesen dieses Staates zu erkennen. Der Verfasser tritt in lyrisch verklärten, geistvollen Sätzen für ein durch arisches Rassengut, das in allen Nationen Österreichs vorhanden ist, aber gegenwärtig nichts zu reden hat, neugefügtes Österreich ein und weist dessen geschichtliche Notwendigkeit nach. Das jetzige Österreich ist vom Tschandalengesindel aller Nationen, das jetzt das große Wort führt, zugrunde gerichtet worden. Seine Völker werden es neuer und schöner wieder aufbauen, sobald sie wieder arisch denken gelernt haben werden. Das walte Gott!

Fr. Theodorich, S. N. T.

Unsterblichkeit des Menschen und wissenschaftliches Denken von Pastor **Johannes Geyer,** Verlag M. Altmann, Leipzig 1908, Mk. 1.10. — Der Verfasser macht den Versuch, die geisteswissenschaftlichen Forschungen des Anthroposophen Rudolf Steiner mit der Wissenschaft in Einklang zu bringen und kann dem Büchlein mit Recht den Untertitel geben: „Ein Wegweiser zur Lebensgewißheit.“

Die Lands-Verleger Compagnia zu Wienn, die erste Kriegsversorgungsgesellschaft 1622—24, verfaßt von Karl von Peez, k. u. k. österr.-ung. Generalkonsul, herausgegeben im Auftrage der Stadt Wien bei Gerlach & Wiedling, Buch- und Kunstverlag Wien. Herr Generalkonsul v. Peez hat sich in dieser Broschüre der dankenswerten Aufgabe unterzogen, in den Archiven genaue Daten über diese erste Kriegsversorgungs-Gesellschaft, der zur Zeit Kaiser Ferdinands II. das Monopol im Vieh- und Häutehandel in ganz Österreich übertragen wurde, zu sammeln und zu veröffentlichen. Das äußerst interessante Ergebnis seiner Forschungen bildet gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt ein hochaktuelles Thema und nicht mit Unrecht ist sein Werk mit dem Motto versehen: „Mögen die Lehren der Vergangenheit der Zukunft dienen.“ Das äußerst reichhaltige Material, welches Herr v. Peez zu Tage gefördert hat, ist nicht nur für die damaligen

Verhältnisse Österreichs überhaupt, sondern insbesondere auch für die lokale Geschichte der Stadt Wien von großem Wert. Der äußerst gewandte und vornehme Stil macht sogar jene Stellen des Buches, wo uns lediglich trockene Zahlen und Daten geboten werden, äußerst interessant. Das Büchlein ist allen, die sich ein Verständnis der historischen Entwicklung unseres gegenwärtigen Kriegs-Zentralwesens aneignen wollen, von größtem Wert.

Das kommende Reich. Entwurf einer Wahlordnung aus dem deutschen Wesen von **F. Schrönghamer-Heimdal.** Augsburg, Haas & Grabherr Verlag. Aus der Tiefe der Erkenntnis, daß der Gott Mammon sich an die Stelle des wahren Gottes gesetzt hat, leitet der Verfasser, anscheinend ein überzeugter Katholik, durch die Wüste des Materialismus — des Warenhausgeistes — hinüber zu neuen Ausblicken auf das vergessene Walddorf, das neue Gottesreich. Es sind keine neuen Gesichtspunkte, aus denen heraus die Gesundung des Menschengeschlechtes erwartet und erreicht wird; vor allem fehlt dem Verfasser die Erkenntnis der Rassenlehre und der Ostara-Leser vermißt die stärkere Betonung des arischen Standpunktes auch innerhalb des deutschen Wesens, an dem „dereinst die Welt genesen soll". Schrönghammer hält das gesamte deutsche Volk unterschiedslos für fähig, der Träger eines geläuterten Zeitalters zu werden, ohne daß die rassische Umwandlung vorherginge. Ihm ist Stammesgenosse ohne rassische Unterscheidung gleichbedeutend mit Rassegenosse nur im Gegensatze zum Judentume. Die Herstellung des alten Rechtes soll dereinst, und zwar nach der Läuterung durch den furchtbaren Weltkrieg, allen (deutschen) Volksgenossen die Erlösung aus den Fesseln des Widerchrists — Mammon und Händlergeist — bringen. Die Schlußfolgerung, wie die übrige Welt am deutschen Wesen genesen soll, bleibt er uns eigentlich schuldig, da der Rasse zu wenig oder gar keine Bedeutung beigemessen wird. Ansonsten schöpft der Verfasser reichlich auch aus G. v. List, Nostradamus, Parazelsus. Sein katholischer Standpunkt läßt rassenphilosophische Erwägungen über ein bißchen Antisemitismus nicht hinausgedeihen; im übrigen ist es aber ein tapferes Buch, das seine Vorläufer in den Werkchen „Vom Antichrist" und „Vom Ende der Zeiten" vom selben Verfasser hat und das mit den schönen Worten schließt: „Wir sind der ersten Auferstehung des Johannes nahe. Die Menschheit ist reif für das kommende Reich, um dessen Ankunft uns der Weltheiland beten lehrte: „Zu uns komme dein Reich!"

Fr. Bernhard, F. N. T.

Praktische Mystik von **A. M. Oppel.** Verlag Dr. Hugo Vollrath, Theosophisches Verlagshaus, Leipzig. — Mit diesem wunderbaren Buch tritt der Verfasser des Adeptenbuchs neuerdings vor die Öffentlichkeit. Wir müssen die Erleuchtung dieses Mannes bewundern; den nur jene verstehen können, die innerlich bereits erlebten, was er uns lehrt. Seine Worte treffen manchmal so genau die eigenen innersten Erlebnisse und Erkenntnisse, daß man des Staunens nicht müde wird. Keine banale Phrase, kein Gemeinplatz findet sich in seinen Lehren, die in Form fortlaufender Sprüche gebracht werden. Dazu kommt der tiefgeistige Bilderschmuck, mit dem ein kongenialer Meister das Buch ausgestattet hat.

Geistige Wohnungshygiene und esoterische Wohnungskultur für Lebensbesserung von **H. Grunwald,** Baumeisters Verlag Rudolf Besser, Leipzig. Preis Mk. 1.50, geb. Mk. 2.50. — Das Buch behandelt den ganzen Okkultismus mit besonderer Berücksichtigung seiner Anwendung auf das menschliche Heim. Die Fülle und Reichhaltigkeit des Materials ist erstaunlich groß.

Auch ein Autokraten-Sturz. Der schneidige deutschösterreichische Finanzminister Steinwender geht mit seltenem Mut daran, das gefährlichste, bisher geschonte Autokratennest auszuheben, indem er vorschlägt, alle über 30 Jahre dienenden Hochschullehrer in die Pension zu schicken. Endlich eine vernünftige Sparmaßnahme, die aufgeblasenen, schmarotzerischen Hochschul-Patrioten ihrer schrankenlosen Machtbefugnisse zu entkleiden und die geknechtete Wissenschaft von der Gevatterwirtschaft rückständiger, um 50 Jahre nachhumpelnder Tattergreise zu befreien. Studentenverbindungen heraus! Wählt Studentenräte, die die Besetzung der Professorenstühle bestimmen und die Prüfungen kontrollieren. Weg mit den Hochschulpäpsten, die jeden Prüfungskandidaten durchfallen lassen, der nicht schön das Professoren-Lehrbücherl aufsagt!

Eigentümer und Herausgeber: J. Lanz-Liebenfels, Mödling.
5015 18 Ob.-öst. Buchdruckerei- u. Verlagsgesellschaft Linz.